

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Paritätischer: Zehn-Punkte-Plan zur Verbesserung der Situation in der Pflege

Anlässlich der Ende letzten Jahres durch das Statistische Bundesamt vorgestellten Modellrechnung zum Fachkräftemangel in der Pflege fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband umgehende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegesituation. In einem Zehn-Punkte-Plan fordert der Verband unter anderem bessere Personalschlüssel und eine ausreichende Refinanzierung der Pflegeentgelte durch die öffentlichen Kassen. Die Fachkräftelücke klappt jetzt bereits auf, so der Verbandsvorsitzende Dr. Eberhard Jüttners: »Wir brauchen attraktivere Arbeitsbedingungen. Das heißt vor allem mehr Zeit für den Pflegebedürftigen. Und das heißt, wir brauchen mehr Geld.« Nach Modellrechnungen des Verbandes für das Saarland steht nicht einmal eine Stunde Pflegezeit für jeden Heimbewohner pro Tag zur Verfügung. Allein für die Hilfe beim Essen bräuchte man eigentlich mindestens eine Stunde. Sollten die Pflegekräfte eine halbe Stunde mehr Zeit für jeden Betroffenen bekommen, müssten allein an der Saar 480 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen werden. Dies wären Mehrkosten von rund 17 Millionen Euro. Der Verband fordert die Politik auf, endlich für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Pflege zu sorgen. Jüttners: »Es ist scheinheilig, wenn die Politik auf der einen Seite eine bessere Bezahlung von Pflegekräften fordert, aber nichts dafür tut, dass die öffentlichen Kassen diese auch finanzieren.« Es führe kein Weg daran vorbei, mehr Geld in das System zu bringen. Zur Stabilisierung der Finanzen in der Pflege schlägt der Paritätische Wohlfahrtsverband die Einführung einer sozialen Bürgerversicherung vor. Das Konzept des Paritätischen sieht eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze sowie eine Ausweitung der Bemessungsgrundlage auf alle Einkommensarten vor. Darüber hinaus fordert der Verband die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze. Der Zehn-Punkte-Plan zur Verbesserung der Pflegesituation steht auf der Website der Organisation zum Herunterladen zur Verfügung.

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Pflege: Ergebnisqualität zählt!

Erstmals liegt ein für deutsche Verhältnisse entwickelter Katalog wissenschaftlich fundierter Indikatoren der Ergebnis- und Lebensqualität für die stationäre Pflege vor. Das stellt anlässlich der Abschlussstagung des durch sie initiierten Projekts »Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenpflege« die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege fest. Neben gesundheitsbezogenen Indikatoren, die durch die Pflegefachkräfte erhoben werden, wurden in dem Projekt auch Indikatoren zur Erfassung von Aspekten der Lebensqualität identifiziert, die auf Befragungen von pflegebedürftigen Menschen und Angehörigen beruhen. Das Projekt habe gezeigt, so die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, dass eine Integration der Instrumente in die Qualitätsmanagementsysteme der Pflegeeinrichtungen möglich sei. Darüber hinaus biete das Verfahren auch Anschluss an die internationale Entwicklung. Erstmals werde durch die Projektergebnisse ein Weg eröffnet, die Qualitätsprüfungen und die Berichterstattung über Pflege dahingehend weiterzuentwickeln, dass diese Aussagen zur Ergebnis- und Lebensqualität der pflegebedürftigen Menschen zulassen, anstatt sich, wie im derzeitigen System, überwiegend auf Kriterien zur Struktur- und Prozessqualität zu beziehen und lediglich die Dokumentationsqualität zu beurteilen. Die entwickelten Instrumente könnten von den Einrichtungen sowohl zur internen Steuerung ihrer Qualität als auch zu vergleichender externer Qualitätsberichterstattung genutzt werden. Denn im Gegensatz zu bisherigen Verfahren beruhe die neue Systematik nicht mehr auf Stichproben, sondern auf Vollerhebungen. Dies sei im Rahmen eines internen Qualitätsmanagements möglich und erfordere eine neue Ausrichtung der externen Prüfung. Das interdisziplinäre Zu-

sammenwirken aller Beteiligten und die engagierte Begleitung der Einrichtungen durch die Wissenschaftler habe dazu geführt, dass ein Instrument entwickelt werden konnte, das seine erste Praxistauglichkeit in den Piloteneinrichtungen unter Beweis gestellt habe. Eine zehneitige Darstellung der Indikatoren zur Beurteilung von Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe steht auf der Website der Organisation kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24089-0, Fax 030 24089134, E-Mail info@bag-wohlfahrt.de, Internet <http://www.bagfw.de>

Aktion Mensch setzt auf »Inklusion«

Aktion Mensch startet ab 1. April 2011 sein neues Förderprogramm »Inklusion«. Nach diesem mehrjährigen Vorhaben sollen sich gemeinnützige Organisationen vor Ort Partner suchen, um sich in der Region im Interesse des Inklusionsgedankens zu engagieren. Mit Zuschüssen von Aktion Mensch von bis zu 15.000 Euro können Vorlaufphasen und Zukunftskonferenzen durchgeführt werden, um Bündnisse und Vernetzungen über die Behindertenhilfe hinaus aufzubauen und mit möglichst vielen Akteuren im Interesse der Inklusion zu kooperieren. Damit setzt Aktion Mensch ihren Weg einer Weiterentwicklung ihrer bisherigen Förderpolitik fort. Dabei orientiert sie sich an den Grundsätzen und Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention. Das neue Förderprogramm Inklusion wird ergänzt durch eine neue Werbeaktion nach dem Muster der beiden Programme »5000xZukunft« und »dieGesellschaft.de«, bei der Zuschüsse von bis zu 4.000 Euro für kleine Initiativen vor Ort bereitgestellt werden. Die Förderaktion wird sich auf zwei Schwerpunkte konzentrieren: auf die Unterstützung von Projekten, in denen Menschen mit und ohne Behinderung aktiv sind sowie auf die Förderung von Projekten mit Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Partizipation, Teilhabe, Bildung und sozialem Lernen. Ab dem nächsten Jahr plant Aktion Mensch zudem auf der Grundlage der in diesem Jahr aufgebauten regionalen

Bündnisse bis zu dreijährige Inklusionsprojekte mit Zuschüssen von bis zu 250.000 Euro je Projekt zu fördern. Damit soll konkret die Partizipation von Menschen mit Behinderungen vor Ort ermöglicht werden. Voraussetzung ist, dass drei oder mehr Partner zusammenarbeiten, wovon ein Partner von außerhalb der Behindertenhilfe kommen muss.

Aktion Mensch e. V., Heinemannstraße 36, 53175 Bonn, Telefon 0228 2092-200, Fax 0228 20927777, E-Mail geschaeftsfuehrung@aktion-mensch.de, Internet <http://www.aktion-mensch.de>

Diakonie und Caritas legen Transparenzstandards vor

Gemeinsam haben das Diakonische Werk der EKD und der Deutsche Caritasverband Transparenzstandards beschlossen, die als Selbstverpflichtung ihrer Mitgliedsorganisationen wirksam werden sollen. Die Transparenzstandards geben Mindeststandards vor. Dazu gehören ein Wirtschaftsbericht, der sich an den Veröffentlichungsstandards des Handelsgesetzbuches orientiert, ein Leistungsbericht, der u. a. Aussagen zur leistungsbezogenen Qualität macht, und ein Spendenbericht, der Rechenschaft über den Erhalt und die Verwendung von Spen-

dengeldern gibt. Strukturdaten wie Angaben zur Corporate Governance und die Anerkennung als gemeinnützige Körperschaft gehören zum Pflicht-Kanon. Kann-Module wie ein Ehrenamtsbericht oder ein Sozialbericht sollen die Bandbreite der schon heute von verschiedenen Rechtsträgern in Rechenschaftsberichten aufgegriffenen Punkte zeigen. Die Transparenzstandards sollen als weiterer Baustein das Vertrauen in die Kompetenz der Einrichtungen und Dienste von Caritas und Diakonie stärken. Das Dokument ist im Wortlaut im Internet verfügbar.

Internet http://www.diakonie.de/02_10-DiakonieCaritas-Transparenzstandards_29Nov_print.pdf

Call for papers: Personal in der Sozialwirtschaft

Eine Fachtagung am 6. Mai 2011 an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Stuttgart wird die sozialwirtschaftliche Bedeutung des Personals im Sozialmanagement diskutieren. Gesucht werden dazu noch Referenten und Praxisbeispiele zu den Grundlagen, Rahmenbedingungen und Konzepten des Rahmenthemas. Die vier Themenschwerpunkte der Veranstaltung lauten:

- Handlungskompetenz von Sozialmanagern
- Personalauswahl, Personalentwicklung und Personalbindung
- Führung, Leitung und Motivation
- Einbindung Nebenamtlicher, Ehrenamtlicher und Freiwilliger

Veranstalter der Fachtagung ist die Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft und der Fachgruppe Sozialwirtschaft der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit. Ansprechpartner sind Prof. Dr. Herbert Bassarak und Dr. Sebastian Noll (E-Mail sebastian.noll@gmx.de).

Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft, Prof. Dr. Herbert Bassarak, Am Hasenfeld 9, 91207 Lauf, Telefon 09123 5747, E-Mail Herbert@Bassarak.de, Internet <http://www.non-profit-management.de>

Nationale Strategie für gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen gefordert

Das Nationale Forum Corporate Social Responsibility (CSR) hat seinen Empfehlungsbericht zur Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen an Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, übergeben. Darin empfiehlt das Forum der Bundesregierung, einen »Nationalen Aktionsplan CSR« zu erstellen und legt konkrete Vorschläge vor. Das Spektrum der Anregungen umfasst die Stärkung der Glaubwürdigkeit und Sichtbarkeit von CSR, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Einbeziehung von CSR in Bildung und Forschung und Beiträge zur Bewältigung des demografischen Wandels. Das CSR-Forum, dem 44 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft angehören, berät das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit Anfang 2009 bei der Entwicklung einer Nationalen CSR-Strategie. Der 57-seitige Bericht kann kostenlos von der Website des Bundessozialministeriums heruntergeladen werden (http://www.bmas.de/portal/46530/property=pdf/2010_07_01_csr_bericht.pdf).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin, Telefon 03018 527-0, Fax 03018 527-1830, E-Mail info@bmas.bund.de, Internet <http://www.bmas.de>

20 Jahre Engagementförderung in Baden-Württemberg

Als erstes Bundesland begann Baden-Württemberg 1990 mit der systematischen Förderung des bürgerschaftlich getragenen, freiwilligen Engagements. Den Start markierte die Ausschreibung des Modellprojekts »Seniorenengossenschaften« durch das Stuttgarter Sozialministerium. Im Herbst 1990 wurde dafür eine Geschäftsstelle im Ministerium eingerichtet. Damit wurden die Anregungen des von der Landesregierung 1988 veranstalteten Kongresses »Altern als Chance und Herausforderung« aufgegriffen und die weiterführenden Empfehlungen der sozialpolitischen Arbeitskreise der damaligen Regierungsparteien umgesetzt. Als erste wurde im April 1991 die Seniorenengossenschaft in Riedlingen gegründet. Ihr folgten elf weitere an anderen Orten im Land. Zwei Jahre später wurde das Projekt im Rahmen der »Initiative 3. Lebensalter« erweitert auf Selbsthilfe und generationenübergreifende bürgerschaftliche Aktivitäten im nachbarschaftlichen Bereich der Kommunen. Ältere Menschen sollten dabei unterstützt werden, eigenständig, handlungsfähig und sozial verbunden zu bleiben. Zentrale Bedeutung kam hierbei der Einbindung und der Mitwirkung der Kommunen zu. In einzelnen Städten entstanden örtliche Anlaufstellen, die den Weg für die kommunalen Fachberatungen bahnten. Der Begriff »Bürgerschaftliches Engagement« erhielt eine erste Konturierung. Die Geschäftsstelle im Sozialministerium wurde 1994 dauerhaft mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements betraut. Der Erfolg der systematischen Netzwerkarbeit und der Unterstützungsleistungen lässt sich einerseits an der quantitativen Entwicklung der Netzwerke ablesen. Baden-Württemberg steht zudem seit Jahren an der Spitze von allen Bundesländern, was die gesellschaftliche Mitwirkung seiner Bürgerinnen und Bürger angeht.

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg, Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste, Schellingstraße 15, 70174 Stuttgart, Telefon 0711 123-3660, E-Mail eve.bernhard@sm.bwl.de, Internet <http://www.buergerengagement.de>

Termine

Umgang mit Querulanten, Miesmachern, Nörglern und Besserwissern. 29. und 30. März 2011 in Mainz. Lebenshilfe-Kooperation der Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Telefon 09131 75461-0, E-Mail info@lebenshilfe-bayern.de, Internet <http://www.lebenshilfe-bayern.de>

Forum Jugendhilfe und Psychiatrie. 30. März bis 1. April 2011 in Erkner (bei Berlin). Teilnahmebeitrag inkl. Unterkunft und Verpflegung 339,- Euro. Evangelischer Erziehungsverband (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Telefon 0511 390881-13, E-Mail info@erev.de, Internet <http://www.erev.de>

Pflege und soziale Dienstleistungen erfolgreich vermarkten. 4. April 2011 in Stuttgart. Lehrgangsgebühren 265,- Euro. Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg, Postfach 10 53 41, 70046 Stuttgart, Telefon 0711 61926-0, E-Mail info@wohlfahrtswerk.de, Internet <http://www.wohlfahrtswerk.de>

Interkulturelle Konzepte der Kinder- und Jugendhilfe. 4. und 5. April 2011 in Erkner (bei Berlin). Veranstaltungskosten 169,- Euro, Tagungsstättenkosten 112,- Euro. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-0, E-Mail info@deutscher-verein.de, Internet <http://www.deutscher-verein.de>

Europa vor Ort: EU-Fördermittel für sozialwirtschaftliche Projekte. 4. und 5. April 2011 in München. Teilnahmegebühr 475,- Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Bank für Sozialwirtschaft AG, Wörthstraße 15-17, 50668 Köln, Telefon 0221 97356-160, E-Mail BFS-SERVICE@sozialbank.de, Internet <http://www.sozialbank.de>

Beschwerdemanagement in der Sozialwirtschaft. 12. April 2011 in Frankfurt am Main. Teilnahmebeitrag 130,- Euro. Paritätische Akademie, Oranienburger Straße 13/14, 10178 Berlin, Telefon 030 280495-0, E-Mail info@akademie.de, Internet <http://www.akademie.org>

Onlineberatung: Müssen praxiserfahrene Fachkräfte neu lernen? 11. bis 13. Mai 2011 in Stein bei Nürnberg. Teilnahmegebühr 310,- Euro. Diakonie.Kolleg, Bayern, Pirkheimerstraße 6, 90408 Nürnberg, Telefon 0911 9354-411, E-Mail info@diakoniekolleg.de, Internet <http://www.diakoniekolleg.de>

Jugendhilfe in Russland und Deutschland. Individuelle und gruppenorientierte Formen und Methoden der Arbeit mit jungen Familien. Studienreise in den Ural. 13. bis 21. Mai 2011. Nachbereitung: 2. bis 9. Oktober 2011 in Berlin. Teilnahmebeitrag mit Unterkunft 550,- Euro. AWO-Bundesakademie, Blücherstraße 62-63, 10961 Berlin, Telefon 030 26309-0, E-Mail akademie@awobu.awo.org, Internet <http://www.akademie.awo.org>

Den Wandel steuern. Personal und Finanzen als Erfolgsfaktoren. 7. Kongress der Sozialwirtschaft. 26. und 27. Mai 2011 in Magdeburg. Veranstalter: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die Bank für Sozialwirtschaft und die Nomos Verlagsgesellschaft in Zusammenarbeit mit den bundeszentralen Akademien der Freien Wohlfahrtspflege und dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge. Informationen: <http://www.sozkon.de>

Allgemeine Rechtsfragen und Verbraucherrechte für Beratung und Dienststelle. 9. Juni 2011 in Nürnberg. 115,- Euro. Diakonie.Kolleg, Bayern, Pirkheimerstraße 6, 90408 Nürnberg, Telefon 0911 9354-411, E-Mail info@diakoniekolleg.de, Internet <http://www.diakoniekolleg.de>

ConSozial 2011. 13. Fachmesse und Kongress des Sozialmarktes. 2. und 3. November 2011 in Nürnberg. ConSozial, Postfach 11 63, 90588 Schwarzenbruck, Telefon 09128 502601, Fax 09128 502602, E-Mail info@consozial.de, Internet <http://www.consozial.de>

Vorschau 2012: 79. Deutscher Fürsorgetag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. 8. bis 10. Mai 2012 in Hannover

«Psychiater haben belogen und getötet»

Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde hat sich für eine zentrale Gedenkstätte für die bis zu 300.000 in der NS-Zeit ermordeten behinderten Menschen ausgesprochen. Bislang gibt es in Berlin an der Tiergartenstraße ein Mahnmal mit einigen Informationstafeln. Das Fehlen eines würdigen Gedenkortes für die Opfer des sogenannten Euthanasie-Programms der Nazis sei für die Überlebenden und Angehörigen »Ausdruck fortdauernder Verdrängung und Erniedrigung«, erklärte der Präsident der Fachgesellschaft, Prof. Dr. Frank Schneider, bei einer Gedenkveranstaltung auf dem letzten Jahreskongress der deutschen Psychiater in Berlin. Dabei bat Schneider die Opfer und Angehörigen um Verzeihung für das ihnen zwischen 1933 und 1945 angetane Leid »und für das viel zu lange Schweigen, Verharmlosen und Verdrängen der deutschen Psychiatrie in der Zeit danach«. An der Auswahl und Ermordung der psychisch, geistig und körperlich Kranken waren Ärzte und insbesondere Psychiater unmittelbar beteiligt: «Psychiater haben belogen und getötet.« Es habe fast 70 Jahre gedauert, bis sein Berufsstand »dieser Sprachlosigkeit ein Ende« gesetzt habe, so Schneider weiter. Derzeit laufe ein unabhängiges Forschungsvorhaben zur Aufarbeitung der Geschichte der Fachgesellschaft und ihrer Vorgängerorganisationen.

Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, Telefon 030 240477-212, E-Mail sekretariat@dgppn.de, Internet www.dgppn.de

Strategien gegen die Stigmatisierung psychisch kranker Menschen

Interventionen gegen die Stigmatisierung psychisch kranker Menschen sind vor allem dann wirksam, wenn sie neben der Aufklärung über psychische Erkrankungen interaktiven Kontakt zu Betroffenen einschließen. Das ist das Resümee des Abschlussberichts des Aktionsbündnisses für Seelische Gesundheit über eine wissenschaftliche Studie zur Wirksamkeit von Maßnahmen zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen. Das Bundesministerium für Gesundheit hatte die Studie in Auftrag gegeben mit dem Ziel, eine wissenschaftliche Grundlage für die evidenzbasierte Weiterentwicklung entsprechender Interventionen zu schaffen. Jeder drit-

te bis vierte Deutsche erleidet im Laufe seines Lebens eine psychische Erkrankung. Aber noch immer verdrängen viele Betroffene aus Scham und Angst vor negativen Reaktionen ihrer Umwelt psychische Beschwerden, suchen spät oder gar nicht die verfügbaren Hilfsangebote auf und geraten damit in die Gefahr der Chronifizierung oder gar eines späteren Suizids. Das Aktionsbündnis Seelische Gesundheit ist eine Initiative zur Förderung der seelischen Gesundheit. Unter der Schirmherrschaft des Bundesgesundheitsministers beteiligen sich über 60 Bündnispartner an dem bundesweiten Netzwerk, darunter Experten der Psychiatrie und Gesundheitsförderung, Betroffene und ihre Angehörigen. Das Bündnis will der breiten Öffentlichkeit vermitteln, dass psychische Störungen therapierbare und gerade bei frühzeitiger Behandlung auch heilbare Erkrankungen sind, die jede und jeden betreffen können. Es fördert den Austausch der beteiligten Akteure, informiert über die Chancen der Früherkennung und Prävention und ermuntert Menschen, Hilfe in Anspruch zu nehmen, und fördert so die Möglichkeiten der sozialen und beruflichen Integration von psychisch erkrankten Menschen und die gesellschaftliche Teilhabe von Betroffenen und ihren Familien. Die 93-seitige Studie mit dem Titel »Konzeption und Umsetzung von Interventionen zur Entstigmatisierung seelischer Erkrankungen: Empfehlungen und Ergebnisse aus Forschung und Praxis« steht auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung.

Internet <http://www.bmg.bund.de>

Arbeitshilfe zur Konzepterstellung vorgelegt

Der Unterausschuss Kindertagesbetreuung des Landesjugendhilfeausschusses des Landes Brandenburg hat eine Arbeitshilfe zur Erstellung einer pädagogischen Konzeption für eine Kindertagesstätte vorgelegt. In der Veröffentlichung werden die Inhalte benannt, die aus fachlicher Sicht heute in eine pädagogische Konzeption gehören. Diese Inhalte werden durch Beispiele und Stichpunkte zur Ausgestaltung illustriert. Die 28-seitige Arbeitshilfe steht auf der Website des Landesjugendamtes Brandenburg kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet <http://www.lja.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.227633.de>

Kennzahlen

» Was gezählt ist, wird sichtbar.
Und indem man zählt,
fängt das, was gezählt wird,
auch an zu zählen.«

Charles Handy, englischer Unternehmensberater
(geb. 1932)

11.151

Jahres-Schwellenwert in Euro für »Armutgefährdung« nach der Definition der Europäischen Union im Jahre 2008 in Deutschland

6.934.196.000

Zahl der Weltbevölkerung am 1. Januar 2011

455

Haushaltsabfälle in Kilogramm je Einwohner in Deutschland im Jahr 2009

36

Zahl der Vierlingsgeburten in Deutschland im Jahre 2009
(Drillingsgeburten: 753, Zwillingsgeburten: 22.052)

67

Lohn in Cent, die eine Näherin in El Salvador für eine »Outdoor-Jacke« bekommt, die in Deutschland für 118 Euro verkauft wird

30.000

Zahl der Arbeitsverhältnisse, die in Deutschland an jedem Arbeitstag der vergangenen zehn Jahre im Durchschnitt begonnen und beendet wurden

27.000

Zahl Normen, die das Deutsche Institut für Normung (DIN) bislang festgelegt hat